

Welche Zukunft für Frankreichs Linke?

Hommage für Alfred Frisch (1912–2009)

» Alfred Frisch, mediales Urgestein der deutsch-französischen Beziehungen, verstarb am 22. September 2009 im Alter von 97 Jahren. Sein letzter Beitrag in *Dokumente*, deren Chefredakteur er von 1967 bis 1969 war, erschien im Dezember 2007. Er befasst sich mit der Zukunft des *Parti socialiste* nach der Niederlage von Ségolène Royal bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2007 – ein überraschend aktuelles Zeitdokument, wie die folgenden Auszüge zeigen.

Alfred Frisch

Alfred Frisch est décédé le 22 septembre 2009, à l'âge de 97 ans. Pendant de nombreuses années, il aura été le correspondant à Paris de nombreux médias, notamment de la radio sarroise (*Saarländischer Rundfunk*) et des quotidiens *Allgemeine Zeitung*, *Rheinischer Merkur* et *Südkurier*. Il restera longtemps le fidèle ami de *Dokumente*, dont il aura été le rédacteur en chef de 1967 à 1969. Il sera l'observateur privilégié de la politique et de l'économie en France et l'analyste minutieux des relations franco-allemandes et de la construction européenne. Baptisé « *l'autre Alfred de Paris* » par ses confrères (allusion bien sûr au politologue et publiciste Alfred Grosser), Alfred Frisch comptait parmi les spécialistes du franco-allemand, il est l'auteur de plusieurs ouvrages. Face à la montée du national-socialisme, il choisira de quitter son pays, où ses idées socialistes lui valent d'être fiché dès 1932. Traqué jusqu'en France, il rejoint alors les rangs de la résistance intérieure et décide, au lendemain de la guerre, de rester à Paris. Il avait coutume de dire : « *Même si j'ai choisi de me battre aux côtés des résistants français, j'étais Allemand et je le suis toujours.* » Nous reproduisons des extraits du dernier article qu'il a écrit pour *Dokumente*. Son analyse, publiée en décembre 2007, est consacrée à l'avenir du parti socialiste français au lendemain de la défaite de Ségolène Royal aux élections présidentielles face à Nicolas Sarkozy.

G. F.

Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl und angesichts der politischen und medialen Dominanz des Regierungslagers herrscht Katzenjammer bei den französischen Sozialisten. Für eine regierungsfähige Linke ist eine ideologische Erneuerung des *Parti socialiste* und der Weg zum Sozialliberalismus dringend notwendig. Im linken politischen Lager Frankreichs herrscht seit dem Scheitern der sozialistischen Kandidatin bei der Präsidentschaftswahl eine fast hoffnungslose Krisenstimmung. Man spricht zwar allseits von der Notwendigkeit grundlegender Reformen und einer überzeugenden Neuorientierung, man gibt aber dieser Forderung keinen konkreten Inhalt, weil es vorläufig für alle Kräfte oder Strömungen völlig unklar ist, wo sich der gemeinsame Nenner für eine überzeugende, regierungsfähige Linke finden ließe.

Dieser Zustand ist paradox, denn schließlich erhielt die Kandidatin der Linken bei der Präsidentschaftswahl immerhin etwas über 47 Prozent der Stimmen. Mit einer einzigen Ausnahme, dem Elsass, stellen die Sozialisten alle Präsidenten der Regionalparlamente. Und es ist ihnen nach der verlorenen Präsidentschaftswahl sogar gelungen, die Zahl ihrer Mandate in der Nationalversammlung aufzustocken. Dieser relative Erfolg ging zwar im Wesentlichen zu Lasten der Kommunisten, hätte jedoch normalerweise die Katastrophenstimmung im sozialistischen Lager etwas mindern können. Die sozialistischen und auch die kommunistischen Bürgermeister haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht selten durch eine solide Ge-

meindeverwaltung ausgezeichnet. Wie erklärt sich unter diesen Umständen der große Katzenjammer der französischen Linken?

Keine geschlossene Front

Hinter den 47 Prozent von Ségolène Royal steht kein regierungsfähiger, einigermaßen geschlossener Block, sondern es handelt sich um ein negatives politisches Potenzial. Gewiss, dessen Kern bildet der *Parti socialiste* (PS), aber dieser Kern ist zu schwach, um eine Regierung zu tragen. Die verschiedenen ergänzenden Minderheiten, im Wesentlichen die extreme Linke und die Kommunisten, sind nicht regierungsfähig, weil sie sich heute weniger denn je mit den Sozialisten auf ein konstruktiv-realistisches Programm zu einigen vermögen. Ihre Anhänger stimmen nicht für den sozialistischen Kandidaten, sondern vor allem gegen den Vertreter des rechten Lagers. Soweit für Parlament, Lokalversammlungen oder Gemeinden innerhalb des linken Lagers Wahlbündnisse abgeschlossen werden, besitzen sie rein taktischen Charakter und stützen sich keineswegs auf ein gemeinsames Programm, von einer gemeinsamen Ideologie ganz zu schweigen.

Seit der Geburt der kommunistischen Partei Frankreichs 1920 war sie jeweils nur während kurzer Fristen an der Regierungsverantwortung beteiligt: In der Volksfrontregierung Léon Blums 1936 stellten die Kommunisten keine Minister und entzogen ihr schnell ihre Duldung. General de Gaulle öffnete ihnen das Tor zur Macht als Preis für die Entwaffnung ihrer im Süden Frankreichs recht mächtigen Widerstandsverbände; dieses Experiment dauerte allerdings nur rund zwei Jahre und war politisch-sozial recht kostspielig. Die kommunistischen Minister François Mitterrands schließlich blieben ganze drei Jahre. Dies war der bisher letzte Akt einer stets spannungsreichen Ehe.

Die Hypothek der extremen Linken

Inzwischen sind die Kommunisten in Frankreich zum Schatten ihrer Vergangenheit geworden. Sie verfügen zwar noch über einen verzweigten Apparat und einige Positionen im Gemeindebereich, das Schwergewicht auf der äußersten Linken hat sich jedoch auf die Trotzlisten und auf die radikal anti-

liberalen Elemente verlagert. Während die letzten kommunistischen Staaten, insbesondere China und Vietnam, zur Marktwirtschaft übergehen und deutlich um ihre Eingliederung in eine auf dem Freihandel basierende Weltwirtschaft bemüht sind, sich aber mit den Grundregeln der Demokratie nur schwer anzufreunden vermögen, will sich Frankreichs extreme Linke aller Schattierungen hinter den nationalen Grenzen verschanzen, den Kapitalismus zusammen mit dem Liberalismus ausrotten, die wirtschaftliche und industrielle Verantwortung weitgehend einem von ihr beherrschten Staat übertragen, um sich gleichzeitig zur Demokratie und zum Respekt aller Menschenrechte zu bekennen.

Eine derartige Doktrin passt in keiner Weise in die heutige französische und internationale Landschaft. Die extreme Linke ist zwar zur Zeit noch stark zersplittert, verfügt aber über ein Wählerpotenzial von etwa 10 Prozent, auf das die Linke nicht ohne weiteres verzichten kann, wenn sie wieder an die Regierungsmacht gelangen will. Auf keiner anderen westlichen Demokratie lastet eine derartige Hypothek.

Die französische Linke kann ferner mit keinerlei Rückendeckung durch die Gewerkschaften rechnen. Diese spielen nur noch im öffentlichen Sektor (Beamte, Eisenbahner und andere Staatsbetriebe) eine gewisse Rolle, müssen sich aber in der Privatwirtschaft mit einem Schattendasein begnügen. Sie führen ihren eigenen Existenzkampf und haben weder die Absicht noch die Kraft, sich am theoretisch angestrebten Aufbau einer neuen Linken zu beteiligen. Selbst die kommunistische Gewerkschaft CGT hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten deutlich aus den traditionell starken Parteibanden gelöst. Alle Gewerkschaften sind mehr und mehr zu Interessenverbänden geworden, die sich an den sozialpolitischen Status quo klammern, das heißt die sogenannten erworbenen Rechte verteidigen. Selbst die Trotzlisten, die es lange verstanden, die Linksgewerkschaften politisch zu unterwandern, haben keinen erwähnenswerten Einfluss mehr. Für die Neuorientierung der Linken ist diese deutliche Entpolitisierung der stark geschwächten Gewerkschaftsbewegung kein ermutigender Zustand.

Über die Zukunft der französischen Linken ist in allen Gruppen und Strömungen eine eifrige Dis-

kussion im Gange. Im Vordergrund stehen aber vorläufig nicht die grundsätzlichen Überlegungen über die zukünftige politische Orientierung der maßgebenden Kräfte der Linken, über ihre geistig-ideologische und auch organisatorische Reform, das heißt über den Weg aus ihrer jetzigen politisch-ideologischen Sackgasse, sondern die persönlichen Ambitionen, das heißt der politische Behauptungswille der bisherigen Führungskräfte. Taktische Erwägungen nehmen mehr Raum ein als die offiziell angestrebte, grundlegende politische Neuordnung.

Persönliche Ambitionen

Keiner der bisherigen Stars will die politische Bühne verlassen, weder die Kommunistin Marie-George Buffet, noch die Sozialisten Laurent Fabius, François Hollande oder Ségolène Royal. Und die jungen Kräfte drängen nach, ohne bisher wirklich ernst genommen zu werden. Insgesamt vermittelt die französische Linke heute das traurige Bild einer tiefen Spaltung, verschärft durch die allgemeine Ratlosigkeit, wohin der ideologische Weg in den nächsten Jahren führen soll.

Es wird zwar viel über die Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung gesprochen und geschrieben, aber niemand wagt es, bei den gegebenen Widersprüchen einen überzeugenden Reformkurs mehr als unverbindlich zu skizzieren. Die ausländischen Beispiele sozial-liberaler, modern-realistischer Orientierung werden nur schüchtern in die parteiinterne Diskussion eingebracht und meistens schnell mit der Begründung zurückgewiesen, sie passten nicht in die französische Landschaft. Die französischen Sozialisten sind der Sozialdemokratie bis heute fremd geblieben.

Unterdessen stehen allein die persönlichen Ambitionen im Vordergrund. Es geht um die persönlichen Machtpositionen in der Partei und um den Erfolg bei den kommenden Wahlen vor allem bei der Präsidentschaftswahl 2012: Die führenden Köpfe wollen im Rennen bleiben. Einige schon fortgeschrittene Nachwuchspolitiker halten trotzdem ihre Stunde für gekommen. Doch der bisherige Generalsekretär der Partei, François Hollande, sieht sich als Präsidentschaftskandidat, seine Vorgängerin in dieser Rolle, Ségolène Royal, möchte an die Spitze des Parteiapparates gelangen,

um so ihre Chance zu bewahren, 2012 erneut Präsidentschaftskandidatin zu werden. Und im Hintergrund manövriert Laurent Fabius, obwohl seine Anhängerschaft deutlich geschrumpft ist. Alle drei haben ein Ziel gemeinsam: den jungen den Weg zur Parteimacht zu versperren.

Die internen Manöver lassen dabei nicht viel Raum für eine konstruktive Auseinandersetzung über die zukünftige Neuorientierung der Partei. Der erste Schritt in eine neue ideologische Zukunft wäre ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft. Der schwere Stein des Anstoßes im französischen sozialistischen Denken ist jedoch der innere Widerstand gegen die unumgängliche Erkenntnis, dass Marktwirtschaft und Globalisierung eng mit einer liberalen Wirtschaftsordnung verflochten sind. Etwas summarisch ausgedrückt, ist Adam Smith in Frankreich ein geistiger Fremdkörper geblieben.

Politisch wurde der Liberalismus in den letzten Jahrzehnten durch die Menschenrechte ersetzt, wirtschaftlich durch den Colbertismus, das heißt die Staatswirtschaft, den Dirigismus und einen im Unterbewusstsein zutiefst verankerten Protektionismus. Man bekennt sich zwar nicht mehr offen zum Protektionismus, weil man schließlich den gemeinsamen Markt der Europäischen Union nicht übersehen kann, noch wagt man, offen gegen die dem Freihandel zustrebenden Bemühungen der Welthandelsorganisation Stellung zu nehmen, aber die vielseitigen und allparteilichen Bestrebungen zur angeblichen Neutralisierung der Auswirkungen der Globalisierung sind nichts anderes als ein klassisch-protektionistischer Wunschtraum. Daher blieb bisher auch in Frankreich der Weg der Linken – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – zum Sozialliberalismus versperrt.

Wirtschafts- vs. Sozialpolitik

Der neue Präsident des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, und der ehemalige Premierminister Michel Rocard konnten sich mit ihren sozialliberalen Vorstellungen nicht durchsetzen. Ihre jungen Anhänger in der sozialistischen Führungsschicht haben bis auf weiteres keine größeren Chancen. Eine grundlegende Reform der französischen sozialistischen Partei ist jedoch

kaum ohne die Anerkennung der heutigen Realität des wirtschaftlichen Liberalismus in einer globalisierten Welt denkbar.

Bisher gibt es in der schüchtern geführten Reformdiskussion kaum eine gewichtige Stimme, die mit aller Deutlichkeit verständlich macht, dass der soziale Fortschritt nur durch den wirtschaftlichen Fortschritt finanziert werden kann und demnach die Wirtschaftspolitik gegenüber der Sozialpolitik Priorität besitzen muss. Anders ausgedrückt: Wenn die Politik nicht durch eine preisstabile – das heißt nicht-inflationäre – staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik die Bedingungen für ein gesundes wirtschaftliches Wachstum schafft, vermag man sich von der energischsten sozialistischen Umverteilungspolitik des Volkseinkommens keinen sozialen Fortschritt zu erhoffen. Leider ist dieses banale wirtschaftliche und soziale Gedankengut in der Führungsschicht der französischen Linken noch nicht zu einem entscheidenden Faktor des politischen Denkens geworden.

Unentbehrliche Spaltung?

Es mangelt im linken Lager nicht an konstruktiven Reformvorschlägen. Am bemerkenswertesten ist das Manifest einer Gruppe ehemaliger Mitarbeiter sozialistischer Minister, überwiegend hohe Beamte, die sich unter Anspielung auf die römische Geschichte „*die Gracchen*“ nennen. Sie betrachten sich als Sozialisten, erstreben aber nach ihren Worten eine moderne Linke, die sich zum Liberalismus in der Tradition Montesquieus und Spinozas bekennt, die die Globalisierung als Rahmen für ihre regulierende Politik anerkennt, anstatt ihr protektionistisch aus dem Wege gehen zu wollen, und die sich zu einer weitreichenden europäischen Einigungspolitik bekennt. Sie will sehr eindeutig den sozialen Fortschritt in der wirtschaftlichen Realität verankern. Ihr Manifest bildet eine gute Grundlage für eine offene Diskussion über die Neuorientierung des Parti socialiste. Voraussetzung hierfür wäre aber die positive und ehrliche Bereitschaft der verschiedenen Strömungen, einen dicken Strich unter die ideologisch belastete Vergangenheit zu ziehen. Für diesen gemeinsamen Nenner gibt es jedoch zurzeit nicht den geringsten Silberstreifen am Horizont.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine sozialistische Neugeburt ohne Spaltung der alten Partei möglich sein wird. Die heute in ihrem alten Rahmen wirksamen Kräfte lassen sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die Zukunft zwingt zu einer sozialliberalen Orientierung, die der linke Flügel kaum annehmen dürfte. Er steht dem Restbestand der Kommunisten ideologisch und auch taktisch-politisch näher als den Reformsozialisten wie Strauss-Kahn oder Rocard. Der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing versicherte schon in den 1970er-Jahren, dass Frankreich in der Mitte regiert werden wolle. Damals löste er damit nur ironisch-mitleidige Reaktionen aus, jetzt könnte sein damaliger Gedanke vielleicht ein positiveres Echo finden. Viele zuverlässige Beobachter sehen jedenfalls für die Linke keinen anderen Ausweg als die Zusammenarbeit mit einer nichtsozialistischen, aber im wahrsten Sinne liberal-fortschrittlichen Mitte. Als Motor dieser neuen Mitte erzielte François Bayrou im letzten Präsidentschaftswahlkampf überraschend über 15 Prozent der Stimmen. Der linke Flügel der jetzigen Regierungsmehrheit könnte in absehbarer Zukunft in das Lager der Mitte rücken, natürlich unter der Bedingung, dass eine umgestaltete sozialistische Partei als sozialliberale Kraft zu einer breiten Koalition bereit ist. Für viele Beobachter der innenpolitischen Szene Frankreichs gibt es für die Wiedergeburt der zurzeit fast hoffnungslos kranken sozialistischen Partei Frankreichs keinen anderen Ausweg. Um der französischen Linken diese schwere Entscheidung zu erleichtern, darf man vielleicht eine Erklärung des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln in Erinnerung rufen: *„Ihr könnt keinen Wohlstand schaffen, wenn ihr das Sparkapital entmutigt. Ihr könnt dem Schwachen keine Kraft geben, wenn ihr den Starken schwächt. Ihr könnt nicht dem Arbeiter helfen, indem ihr den Arbeitgeber vernichtet. Ihr könnt nicht die menschliche Bruderschaft fordern, wenn ihr den Klassenkampf ermutigt. Ihr könnt nicht dem Armen helfen, indem er den Reichen ruiniert. Ihr könnt nicht Unannehmlichkeiten entgehen, wenn ihr mehr ausbeutet als ihr verdient. Ihr könnt nicht Charakter und Mut stärken, wenn ihr die Initiative und die Unabhängigkeit entmutigt. Ihr könnt den Menschen nicht dauernd helfen, indem ihr für sie das tut, was sie für sich selbst tun müssten und könnten.“*